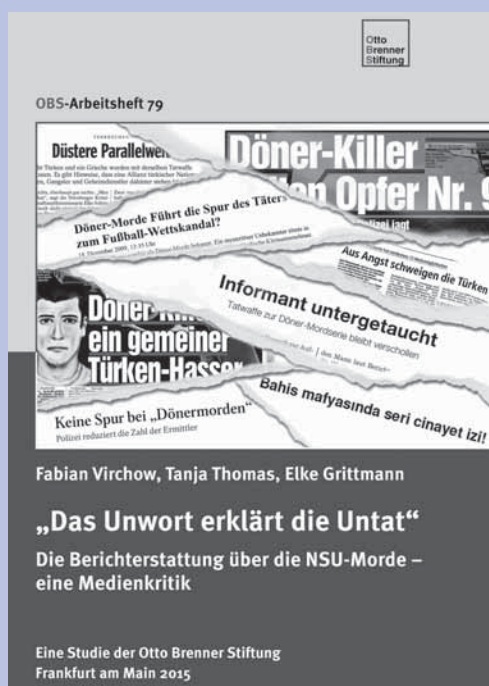


# Das Unwort erklärt die Untat

Präsentation einer Studie der Otto Brenner Stiftung  
zu der Rolle der Medien bei den NSU-Morden  
am 29. Januar 2015 in Berlin



Der Versammlungssaal der Landesvertretung Rheinland-Pfalz war zum Bersten gefüllt, als am 29. Januar 2015 im Rahmen des diesjährigen Mainzer Mediendisputs eine Studie der Otto Brenner Stiftung zu der Rolle der Medien im Rahmen der Aufklärung der NSU-Morde vorgestellt wurde. Über Jahre zogen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe (und möglicherweise noch weitere Beteiligte?) unbehelligt eine terroristische Blutspur durch Deutschland, bei der zehn Menschen ums Leben kamen. Wegen des migrantischen Hintergrundes und der Tatsache, dass auch Imbissinhaber zu den Opfern zählten, sprach man schnell von den sogenannten „Döner-Morden“ – ein Begriff, der von der Deutschen Gesellschaft für Sprache zum „Unwort des Jahres 2011“ gekürt wurde, da hierdurch „die politische Dimension der Mordserie jahrelang verkannt oder willentlich ignoriert wurde.“ Durch die Reduktion auf ein Imbissgericht würden die Opfer der Morde „in höchstem Maße diskriminiert“ und ganze Bevölkerungsschichten aufgrund ihrer Herkunft „ausgegrenzt“, heißt es in der Begründung. Ein hochkarätig besetztes Podium ging im Rahmen der Präsentation der Studie der Frage nach, wie es überhaupt zu dieser Mordserie und der einhergehenden diskriminierenden Reduktion kommen konnte, welche die Bundesrepublik Deutschland an den Rand einer „Staatskrise“ brachte, wie Barbara John, Ombudsfrau für die Hinter-

bliebenen der Opfer der NSU-Morde, in ihrem Eingangsstatement formulierte. Unter der souveränen Moderation von SWR-Chefreporter Thomas Leif diskutierten der Geheimdienst-Experte Andreas Förster („Berliner Zeitung“), Dr. André Hahn (MdB, Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums der Nachrichtendienste) sowie der als „neuer Ziercke“ vorgestellte Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes, und Prof. Dr. Hartmut Aden, Polizei- und Geheimdienst-Experte von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, zusammen mit einer der Autoren der Studie, Prof. Dr. Tanja Thomas von der Universität Tübingen, wie es zu der unseligen Verquickung falscher Verdächtigungen und deren medialer Vermittlung kommen konnte. Nach gut einer Stunde, in der noch einmal das Komplettersagen der Polizei, der Ämter für Verfassungsschutz mitsamt den V-Leute-Strukturen rekapituliert wurde, gelangte man schließlich zum Kern des Themas: dem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis zwischen Medien und den Ermittlungsbehörden. Wie auch schon bei Sebastian Edathy und dem ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff würden bestimmte Informationen immer wieder „durchgesteckt“, die dann von allzu unkritischen und willfährigen Journalisten im guten Glauben weiterverarbeitet würden. In diesem Zusammenhang wurden schnell und ungeprüft die ersten Verdachtsmomente

(Drogenmafia, Schutzgelderpressung, organisierte Kriminalität, Geldwäsche) kolportiert und immer wieder aufgegriffen, ohne letztlich überprüft zu werden. Viele Journalisten, so der Geheimdienst-Experte Andreas Förster von der „Berliner Zeitung“, pflegten einen „unkritischen Umgang“ mit den Informationen der Behörden.

#### **Chance für BKA-Chef Holger Münch**

Der sich wacker schlagende neue Präsident des BKA, Holger Münch, musste dann auch einräumen, dass es bei der Polizei vielfach auch um „Erfahrungswissen“ gehe, weshalb in die falsche Richtung ermittelt wurde. Eine Vokabel, für die er vom kritischen Publikum und Barbara John heftig kritisiert wurde. Für die Polizei, so John, seien Einwanderer „primär Täter“ und nicht Opfer. Münch musste einräumen, dass die Polizei viele Ermittlungsthesen nicht beständig hinterfragt habe: „Wenn man in die falsche Richtung geht, nützt es nichts, die Geschwindigkeit zu erhöhen“, gab er zu. Sowohl bei den Medien als auch bei der Polizei gebe es hohen Nachholbedarf bei der Integration von Migranten, wodurch vielleicht auch schon ein anderer Blick auf die Taten hätte geworfen werden können. Münch werde sich dafür einsetzen, dass es künftig keinerlei Bevorzugung von einzelnen Journalisten mehr gebe und durch größere Offenheit Fehler vermieden oder schneller

korrigiert werden könnten. Die Polizei müsse dazulernen, aber auch die Medien seien in der Pflicht, genauer hinzusehen. Insoweit hat der „Prozess der Aufklärung“ zu einer gesteigerten Sensibilisierung geführt, wobei allerdings die Rahmenbedingungen – wie etwa ausreichende Zeit bei der Recherche und eine gute finanzielle Ausstattung – gegeben sein müssten, so der Journalist Förster. Dass dieses in Zeiten redaktioneller Sparkurse nicht überall gegeben sei, begünstige Fehlerquellen. Die Studie von Fabian Virchow, Tanja Thomas und Elke Grittmann stellt auf gut 90 Seiten eine detaillierte und zugleich erschütternde Analyse des Versagens der Berichterstattung über die NSU-Morde vor. Die Versäumnisse der Ermittlungsbehörden wurden in vielen parlamentarischen Ausschüssen untersucht und nachgewiesen. Dass auch die Medien ihren Teil an der Verschleierung beigetragen haben, wird in der Studie deutlich. Den Autoren und der Otto Brenner Stiftung gebührt hierfür großer Dank. Die Studie sollte von jedem (angehenden) Journalisten zur Kenntnis genommen werden.

Nils Brinkmann

#### **Weitere Informationen:**

Die Studie ist als „OBS-Arbeitsheft Nr. 79“ abrufbar unter: [otto-brenner-stiftung.de](http://otto-brenner-stiftung.de).